

# **Linke Mittelstandspolitik in Leipzig**

## **POSITIONSPAPIER**

### **Gliederung:**

**Zielstellung des Positionspapiers**

- 1. DIE LINKE und der Mittelstand**
  - 2. Handlungsspielraum der Kommunen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik**
  - 3. Schwerpunkte kommunaler linker Wirtschaftspolitik in Leipzig**
- Ausblick**

### **Zielstellung des Positionspapiers:**

Im Mittelpunkt dieses Positionspapiers steht die Erhöhung der wirtschaftspolitischen Kompetenz des Stadtverbandes, um die Suche nach tragfähigen linken Alternativen zum gegenwärtigen krisengeschüttelten Wirtschaftssystem zu qualifizieren. Ohne Preisgabe bisheriger programmatischer Schwerpunkte - insbesondere im Sozialbereich - setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Partei auch auf lokaler Ebene nur gelingen kann, wenn das Themenangebot der LINKEN für politisch zunächst eher distanzierte, aber grundsätzlich aufgeschlossene Teile der Gesellschaft verbreitert und vertieft wird. Eine eigenständige linke Wirtschaftspolitik ist dafür unverzichtbar. Unser Positionspapier zur linken Mittelstandspolitik in Leipzig versteht sich als Dialogangebot für bislang eher skeptische soziale Schichten; es geht uns um eine gesteigerte Glaubwürdigkeit der gesamten linken Programmatik in den Augen der potenziellen Wählerschaft.

Das Positionspapier knüpft an Aussagen des Kommunalwahlprogramms 2009 an. Es zielt auf eine Verbesserung des Kontaktes zu Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmern sowie ihren berufsständischen Interessenvertretungen, rückt die Lebenswirklichkeit der Selbstständigen stärker in unser Blickfeld, versucht die Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftspolitik miteinander zu verknüpfen, erstreckt sich auf sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze mit menschenwürdiger Bezahlung, bietet Ansätze für eine gerechte Besteuerung quer über alle Einkommensgrenzen hinweg, erstreckt sich auf die besondere Rolle der kommunalen Unternehmen und setzt sich auch für vertiefte regionale Wirtschaftskreisläufe ein.

Die spezifische Stärke linker wirtschaftspolitischer Ansätze besteht darüber hinaus nach unserer Ansicht im konsequenten Reproduktionsdenken und einer deutlichen qualitativen Wachstumsorientierung. Dies widerspiegelt sich auch in den 2010 durch den Leipziger Stadtverband beschlossenen Ökologischen Leitlinien: „Ein konsequentes Umsteuern auf ressourcensparendes Wirtschaften, erneuerbare Energien und regionale Wirtschaftskreisläufe birgt zudem Chancen für nachhaltige Beschäftigung, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung auch gerade in einer Großstadt wie Leipzig.“<sup>1</sup>

### **1. DIE LINKE und der Mittelstand**

---

<sup>1</sup> DIE LINKE. Leipzig: Ökologische Leitlinien 2010, Seite 2.

Im Zuge der Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einem uneingeschränkten Finanzkapitalismus in Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU werden die Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmer (KMU) zum Spielball des Finanzkapitals. Sie werden benutzt, um die Verwertungsbedingungen der großen Kapitalgesellschaften weiter zu maximieren. Wenn heute DIE LINKE z.B. für die Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland kämpft, dann tut sie dies auch im Interesse der KMU. Der Mindestlohn trägt wenigstens dazu bei die in der Region zur Verfügung stehende Kaufkraft weiter zu entwickeln, faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer, also auch den KMU durchzusetzen, damit auch Lohn-, Sozial- und Preisdumping als Mittel der Wettbewerbsverfälschung auszuschalten, und letztlich wieder zu einer tatsächlich Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren.

Wer die KMU stärkt, stärkt und entwickelt regionale Wirtschaftskreisläufe. Wer die KMU stärkt, leistet auch einen Beitrag, um die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik zu reduzieren. Damit wird auch die Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber Konjunkturschwankungen auf den Weltmärkten abgedeckt.

Für DIE LINKE gilt: „Grundsätzlich gehört zur pluralen Eigentumsordnung des Demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmer.“<sup>2</sup> DIE LINKE ist sich in diesem Kontext der Bedeutung der KMU, der kleinen und mittleren Unternehmer klar bewusst. In ihrem auf dem Bundesparteitag in Erfurt beschlossenen Programm widmet sie den KMU einen eigenen Abschnitt. Dort wird exemplarisch festgestellt, dass es auch viele kleine und mittlere Unternehmer gibt, „die nicht (...) von der Ausbeutung fremder Arbeit leben. Sie leiden selbst unter der Übermacht des großen Kapitals.“<sup>3</sup> Im Programm werden den KMU auch z.B. die sogenannten Freien Berufe mit zugeordnet, womit ein umfassender Mittelstandsbegriff in Anwendung gebracht wird.

## Was ist linke Wirtschaftspolitik?

Sie ist grundsätzlich am Gemeinwohl orientiert und bestimmt die politischen Rahmenbedingungen im Wechselverhältnis zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Dieses Herangehen schließt ein, das erwirtschaftete Betriebsgewinne aus unternehmerischer Tätigkeit in angemessener Höhe der Verwendung im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse zuzuführen sind.

DIE LINKE weiß, dass unter den gegebenen Bedingungen die KMU darauf angewiesen sind, Gewinne zu erwirtschaften. Entscheidend ist, unter welchen Bedingungen diese Gewinne erwirtschaftet werden und wie sie verwendet werden. Natürlich muss aus den Gewinnen ein angemessener Unternehmerlohn realisiert werden, müssen notwendige Betriebsinvestitionen vorgenommen und das betriebliche Eigenkapital erhöht werden. Primat hat die Umsetzung des Gemeinwohlprinzips.

DIE LINKE hat sich in der zurückliegenden Zeit intensiv mit der Entwicklung des Mittelstandes, mit der Entwicklung der KMU beschäftigt. Die Bundestagsfraktion führte am

---

<sup>2</sup> Programm der Partei DIE LINKE, Seite 15.

<sup>3</sup> Programm der Partei DIE LINKE, S. 15.

27. Mai 2011 eine Anhörung unter dem Motto „Rettungsschirm für Kleinunternehmen“ durch Diether Dehm, mittelstandspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, stellte dort heraus: „Wir wollen die Vorzüge des Kapitalismus mit den Vorzügen des Sozialismus verbinden.“ Es sei höchste Zeit mit Mittelständlern in Dialog zu treten, „um gegenseitige Missverständnisse auszuräumen und eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die nicht den Interessen des Großkapitals und der Banken folgt.“ Und auf der gleichen Veranstaltung stellte der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi fest, dass man jahrelang DIE LINKE nur als Partei der HARTZ-IV-Empfänger wahrgenommen habe: „Wir /DIE LINKE/ sind auch die Partei des Mittelstands.“<sup>4</sup>

Harry Nick formulierte: „Es gibt keine Partei in Deutschland, die die Leistungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nicht preisen würde. Zu Recht. (...) Die wachsende Bedeutung der KMU ist sicher eines der wichtigsten wirtschaftlichen Phänomene der Gegenwart. (...) Alle Parteien geben vor, dass sie den Mittelstand fördern wollen (...) Glauben kann man das nur der LINKEN. (...) Die Hauptursache der Erosion der sozialen Mitte ist die weitere Verarmung der Armen. Die Mittelschichten und die Linken stehen auf derselben Seite in den Kämpfen gegen Konzernmacht und neoliberale Politik.“<sup>5</sup>

Christa Luft beschäftigte sich insbesondere mit der Stärkung der Regionalökonomie: „Mit zunehmender Übertragung wirtschaftspolitischer Befugnisse auf die EU-Ebene wird eine kreative regionale Wirtschaftspolitik bedeutsamer. (...) Dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept, aber ein Spektrum von Maßnahmen. Dazu gehören die Ermittlung regionaler Wertschöpfungskompetenzen sowie die Bildung von Netzwerken zwischen Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen, Lehr- und Forschungseinrichtungen, Kreditinstituten, Vereinen und Verbänden. (...) DIE LINKE sollte die Entfaltung regionaler Wirtschaftskraft parlamentarisch und im Alltag offensiv als Reformprojekt angehen.“<sup>6</sup>

### Was ist Mittelstand?

Eine allgemein gültige und rechtlich verbindliche Definition „Mittelstand“ gibt es nicht. Hilfsweise wird eine quantitative Bestimmung herangezogen. Danach bezieht sich der Mittelstandsbegriff auf Unternehmen aller Branchen, einschl. des Handwerks und der Freien Berufe, die eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen und/ oder Umsatz sowie Bilanzsumme nicht überschreiten.

Dem entsprechend gibt es unterschiedliche Definitionen zur Bestimmung des Mittelstandes sowie von Klein- und mittleren Unternehmen (KMU) als wirtschaftlicher Kern des Mittelstandes. Allgemein findet die Definition der Kommission der Europäischen Union Anwendung. Auch deshalb, weil sie Grundlage der Beantragung von Leistungen der Wirtschaftsförderung ist:

Typ	Beschäftigte		Umsatzerlöse (Mio. €)		Bilanzsumme (Mio. €)
Kleinstunternehmen	< 10	und	≤ 2	und	≤ 2
Kleine Unternehmen	< 50	und	≤ 10	und	≤ 10
Mittlere Unternehmen	< 250	und	≤ 50	und	≤ 43

<sup>4</sup> Alle Zitate siehe Linke sucht Dialog mit der Wirtschaft. In: neues deutschland, 30. Mai, 2011, Seite 9.

<sup>5</sup> Harry Nick: Die Stärke kleiner Unternehmen. In: neues deutschland, 1. August 2011, Seite 4.

<sup>6</sup> Christa Luft: Regionalökonomie stärken. In: neues deutschland, 18. April 2011, Seite 4.

Zur Anerkennung als KMU durch die EU ist festgelegt, dass max. 25% des Unternehmens in Besitz von Firmen sein darf, die dieser Definition nicht entsprechen.

In Leipzig ist hauptsächlich der Typ des Kleinstunternehmers präsent.

**Warum Konzentration auf die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer (KMU)?**

In Deutschland umfassen die KMU laut Angaben des Statistischen Bundesamtes

- rd. 99,7 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen
- knapp 65,8 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind,
- rd. 37,5 % aller Umsätze erwirtschaftet werden,
- rd. 83,0 % aller Auszubildenden ausgebildet werden.

Auffallend ist die schon erwähnte generelle Kleinteiligkeit im Leipziger Mittelstand. In der Regel handelt es sich um Kleinstunternehmer im Bereich Handel, Handwerk und Gewerbe, im Dienstleistungsbereich. Ein entwickeltes produzierendes Gewerbe im Bereich des Mittelstandes, als Ausdruck seiner Leistungsfähigkeit, fehlt. Anders als in den Altländern mit dem massiv präsenten Mittelstand mit Betrieben um die 200 Beschäftigten und Umsätzen von mehr als 40 Mio. EURO pro Jahr. Ursächlich ist dies begründet in der ungenügenden Kapitalausstattung der Kleinunternehmer, um deren wirtschaftliche Expansion zu ermöglichen. Andererseits hat die von der sächsischen Landesregierung und der Stadt Leipzig betriebene „Leuchtturm“- Politik eben nicht im Umfeld zur Ansiedlung von mittelständischen produzierenden Unternehmen geführt. Die notwendigen produzierenden mittelständischen Zulieferer befinden sich in der Regel nach wie vor in den Altländern, wobei die erforderliche Logistik über die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur gesichert wird. Der Erfolg mittelständischer produzierender Unternehmen hängt dabei nicht allein von der Kapitalausstattung ab, sondern auch von einer am Bedarf potentieller Kunden orientierten Angebotsgestaltung auf einem bereits aufgeteilten Markt. Die Entwicklung und Nutzung eigener Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F/E) sowie zielgerichtete Marketing-Aktivitäten sind für den dauerhaften geschäftlichen Erfolg unerlässlich.

Das Unternehmensregister der Stadt Leipzig für 2009 bis 2011 nach Beschäftigtengrößenklassen (TAB 807 – Statistik der Stadt Leipzig) verdeutlicht, dass sich Zahl und Struktur der Unternehmen in Leipzig in den vergangenen Jahren nicht oder kaum verändert hat.<sup>7</sup>

Lt. Statistik gab es in 2011 in Leipzig gesamt 24.137 Betriebe/ Unternehmen (2010: 24.080; 2009: 23.565), davon waren

- 21.281 (88,2 %) Kleinstunternehmen bis einschl. 9 Beschäftigte,
- 2.183 (9,0 %) Kleinunternehmen von 10 bis einschl. 49 Beschäftigte,
- 576 (2,4 %) mittlere Unternehmen von 50 bis einschl. 249 Beschäftigte.

Lediglich 97 Unternehmen (0,4 %) sind als große Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten eingeordnet.

---

<sup>7</sup> vgl. dazu insbesondere Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistisches Jahrbuch

2011, Teil 8 – Wirtschaft; Stadt Leipzig, Dezernat Wirtschaft und Arbeit, Wirtschaftsbericht

2011; Stadt Leipzig, Dezernat Wirtschaft und Arbeit, Leipzig facts 2010.

Diese Angaben decken sich im Wesentlichen mit den Angaben des Unternehmensregisters des sächsischen Landesamtes für Statistik aus 2008 für Leipzig:

- 2008 in Leipzig ausgewiesen 24.080 Betriebe;
- mit einer durchschnittlichen Unternehmensgröße von 8,2 Beschäftigten.

Die Größenklassen der Unternehmen gestalten sich anteilig wie folgt:

- 88,3 % mit 1-9 SV-pflichtigen Beschäftigten, mit absolut 30.759 Beschäftigten;
- 8,9 % mit 10-49 SV-pflichtigen Beschäftigten; mit absolut 42.911 Beschäftigten;
- 2,5 % mit 50-249 SV-pflichtigen Beschäftigten; mit absolut 58.143 Beschäftigten;
- 0,4 % mit 250 und mehr SV-pflichtigen Beschäftigten, mit absolut 65.923 Beschäftigten.

Damit waren in Leipzig in 2008 gesamt 197.736 Personen in der gewerblichen Wirtschaft in SV-pflichtiger Beschäftigung.

Die vorstehenden Angaben beziehen sich auf Unternehmen gesamt, ohne Differenzierung nach Mitgliedsbetrieben IHK zu Leipzig, Handwerkskammer Leipzig und Freiberufler. Aktuellere Angaben aus dem Unternehmensregister sind nicht verfügbar.

Diese aufgezeigte Unternehmensstruktur ist weitestgehend mit der im Freistaat Sachsen identisch. Abweichungen zum Bundesdurchschnitt erklären sich auch aus den strukturellen Veränderungen in der örtlichen Wirtschaft nach 1990.

Die IHK zu Leipzig weist 41.770 Mitgliedsbetriebe zum 31. Dezember 2011 aus. Dies beinhaltet allerdings auch Betriebsstätten externer Unternehmen sowie nur kurzfristige, projektbezogene Unternehmungen, die der Gewerbepflicht unterliegen, damit auch der IHK-Pflichtmitgliedschaft. Die Aussagekraft dieser Angaben wird selbst durch den zuständigen IHK-Mitarbeiter nur als begrenzt eingeschätzt. In der Regel verweist die IHK auf die Angaben des sächsischen Unternehmensregisters.

In den IHK-Mitgliedsbetrieben waren zum 31. Dezember 2011 über alle Berufsgruppen und Ausbildungsjahre insgesamt 8.705 Personen in Ausbildung.

Lt. Auskunft der Leipziger Handwerkskammer (HWK) waren zum 31. Dezember 2011 in den 5.170 Mitgliedsbetrieben im Durchschnitt 9,2 Mitarbeiter/ Betrieb beschäftigt.

Die Kleinteiligkeit im Leipziger Handwerk unterstreichen folgende Angaben (HWK Leipzig, Konjunkturanalyse, Herbst 2011):

- 17% der Betriebe beschäftigten 1 Person (Firmeninhaber),
- 11% der Betriebe beschäftigten 2 Personen,
- 11% der Betriebe beschäftigten 3 Personen,
- 9% der Betriebe beschäftigten 4 Personen,
- 32% der Betriebe beschäftigten 5-10 Personen
- 3% der Betriebe beschäftigten mehr als 51 Personen.

Aussagen zu absoluten Beschäftigtenzahlen und zur Anzahl der Auszubildenden für die Mitgliedsbetriebe der HWK im Bereich der Stadt Leipzig waren nicht zu erlangen.

Die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer in Leipzig haben dazu beigetragen, dass die negativen sozialen Auswirkungen des Strukturwandels nicht noch gravierender in der Gesellschaft durchschlugen. Festzustellen ist, dass für viele vom Strukturwandel betroffene Menschen die Gründung von KMU trotz aller Risiken ein bewusst gegangener Schritt in die Selbständigkeit war. Damit erklärt sich auch die hier festzustellende Fluktuation in der

Gründung und der Abwicklung von KMU – einschließlich in den Freien Berufen.<sup>8</sup> Ein großes Problem ist für viele Soloselbständige und Kleinstunternehmer ihre soziale Absicherung. Dieses Thema kann allerdings nicht auf kommunaler, sondern muss auf Bundesebene gelöst werden.

In Leipzig finden wir bisher mittelständische Unternehmen, auch mit ausgeprägter Produktion, F/E und Marketing sowie mit um oder mehr als 200 Beschäftigte und Jahresumsätzen von 40 Mio. EURO und mehr, vorwiegend als kommunale Unternehmen im Bereich der LVV-Gruppe.

In Leipzig gab es zuletzt eine rege Diskussion um die Förderung von Unternehmen der Kreativwirtschaft. Diese Unternehmen werden in das Wirtschafts-Cluster „Medien- und Kreativwirtschaft“ eingeordnet. Aus ökonomischer Sicht sind sie Teil der Volkswirtschaft, sie unterliegen also unternehmerischen Prinzipien und betriebswirtschaftlichen Kriterien. In Abhängigkeit von Größe und Leistungsfähigkeit (Anzahl Beschäftigte, realisierte Umsätze, notwendige betriebliche Kosten) sind auch Unternehmen der Kreativwirtschaft<sup>9</sup> in der Regel Bestandteil der KMU. Sie unterliegen damit den für die KMU geltenden Bedingungen der Wirtschaftsförderung.<sup>9,10</sup>

Die KMU sind abhängig von der Nachfrage am Markt, unterliegen aber auch den Marktbedingungen, die sie selber nicht entscheidend beeinflussen können. Die KMU sind innovativ und immer auf der Suche nach neuen Marktchancen. Festzustellen ist, dass die Versorgung mit Kapital ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung von KMU ist. Die Regelungen durch BASEL II und BASEL III setzen die KMU zusätzlich unter Druck, insbesondere in Richtung auf die geforderte Erhöhung ihres Eigenkapitals.

Für eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung für die Zwecke der KMU, damit der Kommunen und der Menschen in der Region, besteht also unbedingte Notwendigkeit. Entsprechend der konkreten Situation in Leipzig orientiert das Positionspapier auf eine pragmatische Herangehensweise: Förderung der mittelständischen produzierenden Unternehmen und Unterstützung der kleinteiligen KMU, in Handel, Handwerk und Gewerbe, im Dienstleistungsbereich.

---

<sup>8</sup> Der Hauptgeschäftsführer der IHK Leipzig stellte kürzlich fest, dass in Leipzig von zehn

Unternehmensneugründungen nach fünf Jahren nur noch fünf am Markt sind.

<sup>9</sup> siehe auch: "Arm ist nicht sexy!", Positionspapier Kultur- und Kreativwirtschaft, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig, Leipzig, Mai 2012

<sup>10</sup> siehe dazu insbesondere: Analyse und Strategie der Clusterförderung. Handelshochschule

Leipzig, 2011. Erarbeitet im Auftrag der Stadt Leipzig, Vorlage DS V-1388/11.

## 2. Handlungsspielraum der Kommunen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik

Die betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen wirtschaftenden Einheiten, wird von der Höhe der notwendigen Aufwendungen und der Höhe der erzielten Einnahmen bestimmt. Entscheidend ist das erzielte Betriebsergebnis. Das Betriebsergebnis wird auch durch die zur Verfügung stehende Kaufkraft und die Belastungen durch Steuern und Abgaben bestimmt. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die durch die Politik gesetzt werden, sind nichts statisches, sondern sie unterliegen Veränderungen und sie sollen der Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne dienen.

Diese Rahmenbedingungen werden auf EU-Ebene, durch den Bund und die Länder sowie durch kommunales Handeln gesetzt. Es gilt, übergeordnete Rechtssetzung bricht bzw. bestimmt nachgeordnete Regelungen. Wer in der Wirtschaftsförderung Recht setzt, ist auch verantwortlich für die entsprechende finanzielle Untersetzung sowie die Festlegungen zur Umsetzung/ Inanspruchnahme.

Wirtschaftsförderung dient der Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit bestehender wirtschaftender Einheiten und der Herausbildung/ Ansiedlung neuer wirtschaftender Einheiten, um die Entwicklung im Fördergebiet zu beschleunigen.

Wirtschaftsförderung ist im Allgemeinen ein Netz von Einzelmaßnahmen, die der Förderung bestimmter Branchen und Regionen dienen. Ziel der Wirtschaftsförderung ist die Entwicklung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen.

Der Handlungsspielraum der Kommunen, also auch der Stadt Leipzig, auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung ist durch die Finanzen der Kommune bestimmt und begrenzt. Die wesentliche Aufgabe ist daher insbesondere die Vermittlung auf und die Nutzung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des Landes, des Bundes und der EU. Hier besteht eine besondere Verantwortung der Kammern in der Region. Zu beachten ist, dass bestimmte Maßnahmen eine kommunale Ko-Finanzierung erfordern. Dort, wo diese Ko-Finanzierung nicht möglich ist, entfällt auch die entsprechende Wirtschaftsförderungsmaßnahme (siehe z.B. Konjunkturprogramm II).

Es erfolgt eine Konzentration auf die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer in der Region. Insbesondere die größeren Kapitalgesellschaften verfügen in der Regel über einen entsprechenden Kapitalstock, um ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Hinzu kommt bei den Kapitalgesellschaften die massive Förderung über Landes-, Bundes- und EU-Förderprogramme.

Bewährte Formen und Methoden der regionalen Wirtschaftsförderung sind durch die Kommunen vertieft zu nutzen und zu entwickeln. Schwerpunkte sollten Festlegungen in der kommunalen Vergabeordnung, Mikrokredite, die weitere Nutzung von Förderung mittels revolvingender Fonds sein. Wer die KMU in der Kommune fördern will, hat sich auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu konzentrieren. Aus Sicht der Kommune gilt, dass sich Wirtschaftsfördermaßnahmen aus der Tilgung selbst finanzieren müssen.

In der Konsequenz noch nicht abschließend zu beurteilen sind Auswirkungen des demographischen Wandels auf die KMU. Zu erkennen ist jedoch bereits jetzt,  
- das bei Beibehaltung einer Niedriglohnstrategie durch KMU es zunehmend Schwierigkeiten geben wird ausreichend den Bedarf an Fachpersonal zu sichern. Dies wird verstärkt durch das Ausscheiden langjähriger Mitarbeiter aus Altersgründen, die noch bereit waren, zu Niedriglohnbedingungen zu arbeiten und ggf. Aufstockung

hinzunehmen.

- dass es auch Schwierigkeiten in der Unternehmensnachfolge geben wird.

Es zeigt sich, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels notwendige Kooperation und Koordination (Networking) sowie ggf. Firmenzusammenschlüsse im Bereich der KMU vorantreiben werden. Hier tut sich ein neues Aufgabenfeld für die Ämter für Wirtschaftsförderung in den Kommunen und in der Zusammenarbeit mit den Kammern auf; bis hin zur Unterstützung der Bildung von Genossenschaften als eine Rechtsform im Bereich der KMU.

Insbesondere die Genossenschaftsbildung bewerten wir als eine Organisations- und Rechtsform, die besonders geeignet ist, die Marktchancen der KMU zu stabilisieren und zu entwickeln. Dies gilt für alle Branchen, in denen KMU tätig sind, sowohl innerhalb einzelner Branchen und Gewerke als auch in Kooperation der verschiedensten Branchen und Gewerke.

Klar muss sein, die Kommune kann nicht alles, insbesondere kann sie nicht Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Finanzierungsfunktionen übernehmen, die aus nachvollziehbaren Gründen anderen Ebenen zugeordnet sind. Die Kommune kann eigenverantwortlich Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung setzen, die aber nicht gegen geltende übergeordnete Regelungen verstoßen dürfen und die in ihrer Finanzierung gesichert sein müssen. Damit werden Grenzen eigenverantwortlicher kommunaler Wirtschaftsförderung deutlich. Die notwendigen Maßnahmen und Mittel müssen von den kommunalen Parlamenten eingefordert werden, um die regionale Wirtschaft zu befördern und nicht vornehmlich die Großunternehmen. Die Hauptaufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung ist die Vermittlung in Wirtschaftsförderprogramme von Land, Bund und EU.

### 3. Schwerpunkte kommunaler linker Wirtschaftspolitik in Leipzig

Die linke Mittelstandspolitik in Leipzig ist auf die politische Unterstützung der Kleinst- und Kleinunternehmer und die Herausbildung leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen im Bereich der produzierenden Wirtschaft ausgerichtet. Die Schlüsselaufgabe ist der Aufstieg der einheimischen mittelständischen Unternehmen auf höhere Wertschöpfungsstufen.

In folgender Richtung wollen wir die Entwicklung der KMU in Leipzig befördern:

- Nachteile, die aus der Kleinteiligkeit der Leipziger Wirtschaft resultieren, sollen durch gezielte Ermutigung von Kooperationen, Genossenschaftsbildung nicht ausgeschlossen, schrittweise minimiert werden, und dafür sind mehr Ideen als zusätzliche Finanzen erforderlich. Da die Kleinstunternehmen keine eigenen F/E-Arbeiten finanzieren können, ist auf Zweckverbände zwischen mehreren Unternehmen zu orientieren, die ihrerseits groß genug wären, um als Partner für die zahlreichen Leipziger Forschungseinrichtungen infrage zu kommen. Daraus müssen die dringend notwendigen Innovationen generiert werden, die neue oder verbesserte Produkte und Verfahren und eine gesteigerte Wertproduktion ermöglichen. Eine solche konzeptionelle Vernetzungsstrategie ist ohne einseitige Fördermittelabhängigkeit möglich.
- Der Kooperationsgedanke ist gleichermaßen mit dem Ziel der Auftragserrlangung für



größere Investitionslose, die die Leistungsfähigkeit einzelner Mittelständler übersteigen, wichtig.

- Die Umsetzung innovativer Produktionsfortschritte in den mittelständischen Unternehmen haben den Vorteil, dass sie aufkommensseitig Bindewirkung für Absolventen verschiedener Leipziger Ausbildungsrichtungen entfalten und verwendungsseitig die kommunale Steuerkraft stärken.
- Qualitativen Innovationsschüben für die Produktionsprogramme mittelständischer Unternehmen ohne zwangsläufigen Ausstoß immer größerer materieller Warenmassen ist der Vorzug zu geben. Auf der Ebene des in Leipzig bereits akkumulierten Wissens in den Bereichen Umweltschutz/Ressourcenschonung, Energie/Klimaschutz, Software/(wissenschaftlicher) Gerätebau, Materialwissenschaften/Baustofftechnik, funktionale und bedienerfreundliche Geräte für eine alternde Bevölkerung ist durch kommunales Handeln noch stärker produktionswirksam zu machen.
- Die Leipziger Messe hat sich ideenreich in die zu Recht geforderten intensiveren regionalen Wirtschaftskreisläufe einzubringen.
- Die Kreditvergabe/Bereitstellung von Kapital an den einheimischen Mittelstand sollte in der Geschäftspraxis der Sparkasse bzw. durch Mitwirkung im Kreditausschuss ergebnisorientiert gesteuert werden.
- Eine nachhaltige linke Standortpolitik trägt zur Verbesserung der Haushaltssituation der Kommune und damit zu größeren politischen Gestaltungsspielräumen bei.

Die Wirtschaftsförderung für die Zwecke des Mittelstandes wird in folgende Richtungen aktiviert:

- Im Interesse der bestehenden KMU und der Freiberufler in Leipzig, also des Mittelstandes im umfassenden Sinne, werden die bisherigen Formen der kommunalen Wirtschaftsförderung auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und bei Notwendigkeit verändert und ergänzt. Ein Schwerpunkt ist die weitere Entwicklung von Mikrokrediten mit revolving Fonds. In Verantwortung ist hier insbesondere das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig.
- Unternehmensneugründungen bei KMU und Freiberuflern stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig. Hierzu ist insbesondere die Beratungsfunktion des Amtes weiter zu vertiefen und zu intensivieren.
- Unterstützung der Bildung von Genossenschaften im Bereich der KMU, insbesondere im Bereich des produzierenden Gewerbes, um hier leistungsfähige Unternehmen zu entwickeln, die zu Partnern der kommunalen Unternehmen werden und auch selbst in die Herausbildung von F/E-Kapazitäten investieren können.
- DIE LINKE. Leipzig sucht die Zusammenarbeit mit den berufsständischen Kammern in unserer Stadt, um die Abstimmung bestehender wirtschaftspolitischer Zielstellungen weiter zu entwickeln. Dies beinhaltet auch die Gestaltung der Wirtschaftsförderung. Kommunale Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE ist auf die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet und gemeinwohlorientiert.
- DIE LINKE. Leipzig unterstützt alle Aktivitäten des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig und der Kammern, die die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die KMU begrenzen sowie deren Leistungsfähigkeit erhalten und ausbauen. Dies auch unter dem Aspekt der Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Zur Unterstützung der KMU in Leipzig sind weiterhin folgende Einzelmaßnahmen erforderlich:

- In Bebauungsplänen sind sowohl soziale und ökologische Belange, als auch die Interessen von Handel, Handwerk und Gewerbe zu berücksichtigen.
- Unterstützung der KMU bei der Bereitstellung von angemessenen und bezahlbaren Gewerberäumen, einschl. der zweckgebundenen Vergabe städtischer Brachflächen und Leerstände (auch zeitlich befristet mittels Pachtverträgen).
- Widerstand gegen den gegenwärtigen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel zugunsten der großen Filialisten. Dies auch als Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung der Attraktivität Leipziger Straßen und Wohngebiete.
- Die Belastung von KMU durch kommunales Handeln bei Steuern und Abgaben ist auf ein gerechtes und leistungsbezogenes Niveau einzustellen; d.h. es darf nicht zu Belastungen kommen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der KMU beschränken bzw. gefährden.
- Ausbau der unmittelbaren finanziellen Förderung von KMU durch die Stadt Leipzig über den Rahmen der bisherigen Mikrokredite hinaus. Dazu ist die Position „Wirtschaftsförderung“ im Haushalt der Stadt Leipzig zielgerichtet für die Zwecke der Leipziger KMU weiter zu entwickeln.<sup>11</sup>
- Wir setzen uns für eine Vergabepolitik ein, die den Interessen der KMU dient. Die Vergabeordnung der Stadt Leipzig wird entsprechend geprüft und gegebenenfalls geändert.
- Die Finanzierung von KMU durch kommunale öffentlich-rechtliche Banken, also insbesondere durch die Sparkasse Leipzig, wird konsequent darauf ausgerichtet, die Leistungsfähigkeit bestehender KMU zu sichern und zu entwickeln. Neugründungen von KMU werden bei hinreichender Leistungsperspektive unterstützt. Gleiches gilt auch für Freiberufler.
- DIE LINKE. Leipzig überprüft die Erhebung von gesonderten kommunalen Steuern und Abgaben auf Zweckmäßigkeit.
- Bei Maßnahmen der Wirtschaftsförderung/ Betriebsansiedlungen im Rahmen der sog. Cluster-Strategie sehen wir eine gemeinsame Verantwortung von Kommune und Land. Die alleinige Verantwortung für evtl. finanzielle Fördermaßnahmen liegt dabei beim Land. Anträge auf Wirtschaftsförderung im Rahmen der sog. Cluster-Strategie sind daher grundsätzlich beim Wirtschaftsministerium des Landes zum Bescheid einzureichen. Das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt fügt dem Antrag immer eine Bewertung des zu fördernden Vorhabens bei, dass in der Entscheidungsfindung zu beachten ist.

---

<sup>11</sup> Im Haushalt 2012 der Stadt Leipzig sind eingestellt:

Saldiert im Ergebnishaushalt: 3,6258 Mio. EUR

und im Investitionshaushalt: 2,41655 Mio. EUR

- Über die Landtagsfraktion ist auf die sächsische Landesregierung einzuwirken, dass diese sich verstärkt in die kommunale Förderung der KMU, des Mittelstands gesamt einbringt und so ihrer Gesamtverantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat tatsächlich gerecht wird.

#### Was erwarten wir von den KMU?

- Die Akzeptanz der geltenden tariflichen Festlegungen in der Branche. Dort, wo solche Festlegungen nicht existieren, ist der Mindestlohn zu zahlen. Für DIE LINKE ist ein Mindestlohn in Höhe von 10,00 EUR/ brutto verbindlich.
- Den unbedingten Verzicht auf alles, was unter Lohn-, Sozial- und Preisdumping einzuordnen ist. Wer faire Wettbewerbsbedingungen fordert, muss auch selbst auf fairer Grundlage arbeiten. Die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse in jeglicher Form lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.

DIE LINKE Leipzig knüpft mit diesen Erwartungen an die Kommunalwahlprogramme vergangener Jahre an und schreibt damit ihre wirtschaftspolitischen Aussagen unter den sich verändernden Bedingungen fort. Mit einer konsequenten Mittelstandsorientierung hat linke Wirtschaftspolitik eine Chance, Zeichen gegenüber anderen Parteien in Leipzig zu setzen, für die "Mittelstandsorientierung" oft ein reines Lippenbekenntnis ist. Ziel einer linken Wirtschaftspolitik ist es, Leipzig für alle seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Gäste lebenswert zu erhalten und weiter zu entwickeln.

#### Ausblick

Das Positionspapier verkörpert in besonderer Art und Weise, das linke Positionen und eine Wirtschaftspolitik, die auf eine leistungsfähige Wirtschaft ausgerichtet ist, kein Widerspruch sein müssen. Das Positionspapier ist deshalb links, weil mit der Umsetzung der darin enthaltenen Positionen, Festlegungen und Vorschläge

- die Position der KMU im Wettbewerb mit den großen Kapitalgesellschaften und Handelsketten gestärkt wird, sowohl bei den bestehenden Kleinst- und Kleinunternehmer in Handel, Handwerk und Gewerbe, aber auch für die zu entwickelnden mittelständischen produzierenden Unternehmen, deren Marktchance insbesondere in der Umsetzung von Forschungsergebnissen in der Kleinserie im wissenschaftlichen Gerätebau liegt, einschl. des möglichen schrittweisen Ausbaus der betrieblichen Produktionskapazitäten;
- die finanzielle Flexibilität der KMU verbessert wird, wenn sie ihren Finanzbedarf über öffentlich-rechtliche Banken, also insbesondere den örtlichen Sparkassen decken, denn hier bestimmen in der Regel die in den Aufsichtsräten vertretenen Kommunalvertreter die Bedingungen der Kreditvergabe – sowohl für den laufenden Geschäftsbetrieb, als auch bei Unternehmensgründungen;

- mit der verbesserten Leistungsfähigkeit der KMU bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert und weiter entwickelt werden, damit auch die Kaufkraft und die Lebensqualität in der Kommune;
- wir uns für den Erhalt und die Entwicklung der regionalen Wirtschaftskreisläufe einsetzen, die so wichtig für den ureigensten Sinn des Wirtschaftens sind: Produkte herzustellen und Dienstleistungen zu erbringen, damit alle ihr Leben bestreiten können.

In Verantwortung für Leipzig, wird sich DIE LINKE Leipzig auch zukünftig auf eine kommunale Wirtschaftspolitik orientieren, die an den Interessen und Bedürfnissen der Leipziger BürgerInnen ausgerichtet ist.